

Steuergerechtigkeit

Entlarvende Gegenkampagne

Stolze 40 Prozent haben ein Ja für unsere Steuergerechtigkeits-Initiative auf ihren Stimmzettel geschrieben. Weil sie nicht einverstanden sind, wenn sich einige wenige schamlos immer noch mehr nehmen.

Nein, unsere Initiative wurde nicht „abgeschmettert“, auch wenn unsere Gegner das gerne so sehen. Volksinitiativen zu gewinnen, ist schwierig, das wussten wir. Wir wussten auch, dass die Zustimmung nach der ersten SRG-Umfrage noch zurückgehen würde. Der errungene Achtungserfolg zeigt, wie mies es um die Steuergerechtigkeit in der Schweiz tatsächlich steht.

Viele haben die plumpe Millionen-Kampagne der Gegner durchschaut. Unsere Argumente waren so, dass sie sich nur noch mit plumper Angstmacherei zu helfen wussten. Und die nervösen Erpressungsmanöver und Wegzugsdrohungen einiger Superreicher haben deutlich gemacht, wem das Wohlergehen der grossen Mehrheit egal ist.

Die bürgerlichen Stimmen, die insbesondere in den letzten Wochen zur Einsicht gekommen sind, dass dem Steuerwettlauf klare Schranken gesetzt werden müssen, haben wir wohl gehört. Und wir werden sie beim Wort nehmen. Die Stimmberechtigten haben mit dieser Abstimmung einen Auftrag erteilt. Nicht nur die 40 Prozent, die ja sagten, sondern auch all jene, die sich letztlich - einem grundsätzlichen Unmut zum Trotz - durch die Millionen-Kampagne von ihrer ursprünglichen und intuitiven Stimmabsicht haben abbringen lassen.

Es ist ein Auftrag, weiter für eine gerechte Steuerpolitik zu kämpfen, mit konkreten Massnahmen. Erstens muss der Finanzausgleich verbessert werden. Es kann nicht sein, dass ressourcenschwache Kantone die Transfer-Gelder zur Finanzierung von Steuersenkungen verwenden. Zweitens gehört die Pauschalbesteuerung endlich abgeschafft. Sie widerspricht dem Prinzip der Besteuerung nach wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Und drittens müssen wir endlich vorwärts machen mit einer landesweiten Erbschaftssteuer.

Christian Levrat, Nationalrat aus dem Kanton Freiburg und Präsident der SP Schweiz.

Links, Nr. 114, Dezember 2010.